

SVD

Von: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
An: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
Gesendet: Montag, 16. August 2010 20:37
Betreff: Fw: Newsletter Fuellmich 15.08.2010
 - Info via SVD -

Herr RA Dr. Fuellmich schreibt in einer mail vom 15.08.10 um 22:58 Uhr:

----- Original Message -----

From: "newsletter www.fuellmich.com" <info@fuellmich.com>

To: <webmaster@s-vd.de>

Sent: Sunday, August 15, 2010 10:58 PM

Subject: Newsletter Fuellmich 15.08.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

Newsletter-Themen im Ueberblick:

. LG Duisburg vom 06.08.2010 gegen DB: Auch dieses Gericht glaubt dem DB-Zeugen Scheck nicht mehr

. LG Saarbrücken vom 30.07.2010 gegen KSK Rheinpfalz: Auch dieses Gericht glaubt dem KSK-Zeugen Hofmann nicht mehr

. weitere Meldungen:

- immer noch meine Meinung: Binnennachfrage in Deutschland ankurbeln, indem mit Steuergeldern gerettete Banken auf 50% aller

Verbraucherdarlehen verzichten

- DER SPIEGEL berichtet über das bevorstehende Platzen der Blase in China

- Die Slowakei will sich nicht am Griechenland-Hilfspaket beteiligen

- Volatilität der US-Finanzmärkte indizieren bevorstehende 2.

Rezession

Zwei schöne Urteile des LG Duisburg und des LG Saarbrücken, in welchen jeweils auch die Glaubwürdigkeit zweier immer wieder groben Unfug erzählenden Bankzeugen eine Rolle spielt, verdienen es, genauer betrachtet zu werden. Das LG Duisburg führt außerdem sehr schön zum Zeitpunkt des Zustandekommens von Darlehensverträgen aus, was besonders für die Anwaltskollegen in den DB-Verfahren interessant sein dürfte.

Das LG Saarbrücken weist betreffend die angeblich rechtzeitig vorliegende Vollmachtsausfertigung darauf hin, daß es doch merkwürdig sei, daß die Bank(en) damals darauf geachtet haben wollen, obwohl ihnen das Problem angeblich gar nicht bekannt war. Betreffend die KSK konnten wir nachweisen, daß die Bank in einer Reihe von Fällen nachweisbar bei Darlehensvertragsschluß tatsächlich keine Vollmachtsausfertigung hatte (dasselbe gilt für die Hypo und die Deutsche Bank), also kann die Behauptung, sie habe immer darauf geachtet, gar nicht stimmen, wie auch das Gericht feststellt.

In diesem Zusammenhang und angesichts näher rückender erster OLG-Urteile, die die Rechtsprechung des BGH zur Täuschung über die wahre Höhe der Maklerprovision vom 29.06.2010 zum Gegenstand haben werden, können wir nochmals darauf hinweisen, daß sowohl die HypoBank (jetzt Unicredit AG) als auch die Deutsche Bank betreffend ihre Kenntnis von der Täuschung ihrer Darlehensnehmer seit 1999 vor den

Gerichten vorsätzlich falsch vortragen, also Prozessbetrug begingen.

Es heißt in dem Artikel an der gekennzeichneten Stelle betreffend die Deutsche Bank:

"Die Beweisaufnahme ergab, daß die Deutsche Bank über 10 Jahre lang die Gerichte belogen hatte, indem sie erklärte, sie haben den gegenüber ihren Darlehensnehmern versteckten Löwenanteil an der Gesamtmaklerprovision nicht gekannt."

Hiergegen ist die Beklagte zu keinem Zeitpunkt vorgegangen, obwohl ihr bekannt ist, dass dieser Artikel an eine Reihe von Medien (darunter an die ARD) ging und auf der homepage des Unterzeichners seit März des Jahres veröffentlicht ist.

Und es heißt in dem Artikel betreffend die HypoBank (Unicredit AG):

"Auch die HypoVereinsbank hatte über 10 Jahre lang die Gerichte belogen indem sie behauptete, sie haben den gegenüber ihren Darlehensnehmern versteckten Löwenanteil an der Gesamtmaklerprovision nicht gekannt."

Dieser Artikel ist in einer Vielzahl von Gerichtsverfahren übergeben worden und außerdem an eine Reihe von Medien weitergegeben worden. Außerdem ist der Artikel nach wie vor auf unserer homepage abrufbar.

Dennoch geht keine der beiden Banken dagegen vor, so daß von der Wahrheit des Inhalts des Artikels, nämlich davon, daß in der Tat beide Banken die Gerichte belogen auszugehen ist, und sich jedermann hierauf berufen darf.

I. Urteil des LG Duisburg vom 06.08.2010, Az. 2 O 200/06 gegen Deutsche Bank (erstritten vom Kollegen Weissenborn)

Es geht um eine von 237 von der Deutschen Bank mit Hilfe der FIBEG-Gruppe und des Schaul-Vertriebs sowie nichtiger Vollmachten und den üblichen falschen Zusicherungen vermittelten Wohnungsfinanzierungen in der Wohnungsanlage Mühlheim Duisburger Straße.

Das Landgericht gab unserer Vollstreckungsgegenklage nach Einvernahme des für die Deutsche Bank stets unwahre Aussagen tätigenden Zeugen Scheck statt.

Es geht auch hier um ein Jahresendgeschäft, in welchem der Deutschen Bank in diesem Objekt entgegen ihren wahrheitswidrigen Behauptungen fast nie Vollmachtsausfertigungen vorlagen, als sie zu Lasten der Darlehensnehmer mit den Scheintreuhändern der FIBEG-Gruppe Darlehensverträge schloss.

Auf dem Spiel stan ein grundschuldbesicherter und natürlich mit einer persönlichen Vollstreckungsunterwerfung zusätzlich besicherter Darlehensbetrag in Höhe von 138.602,00 DM.

Da die Deutsche Bank in diesen Jahresendgeschäften fast nie auf das Vorliegen einer Vollmachtsausfertigung achtete, versucht sie die Gerichte stets dahingehend zu täuschen, dass bei ihr im Hause Darlehensverträge nicht mit Unterzeichnung und Auszahlung, sondern erst mit dem Zugang beim Kunden zustande kämen. Hier hat sich insbesondere der Zeuge Scheck auch schon durch die erstaunliche Behauptung hervorgetan, bei der Deutschen Bank würden sogar schon Zinsen auf Darlehen verlangt, ohne daß überhaupt ein Darlehen existiert.

Uns liegen aber inzwischen interne Unterlagen und Zeugenaussagen vor, wonach diese Behauptungen schlicht einen weiteren Prozessbetrug der Deutschen Bank und eine weiter Falschaussage des Herrn Scheck darstellen.

Auch die Einzelrichterin, die diesen Fall entschied, hält diese Behauptung (Auszahlungen von Darlehensbeträgen seien ohne daß überhaupt ein Darlehensvertrag existiert) nicht für zutreffend.

Im Einzelnen führt sie im Urteil aus:

"Bei Abschluss des Darlehensvertrages bestand auch keine Vollmacht der Treuhänderin nach Rechtsscheingrundsätzen gem. § 172 BGB, denn die Beklagte hat nicht zu beweisen vermocht, dass ihr bei Abschluss des Darlehensvertrages eine Ausfertigung der am 23.12.1992 erteilten nichtigen Vollmacht vorlag.

Maßgeblicher Zeitpunkt, an dem die Vollmacht vorgelegen haben müsste, damit sie einen Rechtsschein gegenüber der Beklagten im Sinne des § 172 BGB erzeugen konnte, ist der Zeitpunkt, in dem für die Beklagte der Vertrag mit dem Kläger als geschlossen galt und sie sich gebunden hat. Dies ist zur Überzeugung des Gerichts vorliegend der Zeitpunkt der Auszahlung der Darlehensvaluta auf das für den Kläger eingerichtete Abwicklungskonto Ende des Jahres 1992 und nicht erst der Zeitpunkt der Unterzeichnung des schriftlich niedergelegten Darlehensvertrages durch die Beklagte Ende Januar 1993. Die Beklagte hat das Angebot des Klägers auf Abschluss des Darlehensvertrages stillschweigend mit Auszahlung der Darlehensvaluta angenommen. Der direkte Zugang der Annahmeerklärung beim Kläger war gem. § 151 S. 1 BGB entbehrlich."

Hierzu ist anzumerken, dass die Deutsche Bank wie auch der Zeuge Scheck bisher doch noch bei einigen Gerichten mit der - aus Sicht jedes Bankers, aber auch aus Sicht jedes Normalbürgers - völlig absurden Behauptungen durchkam, es habe ohne das ein Darlehensvertrag überhaupt bestanden habe, schon vor Darlehensvertrag "Vorabauszahlungen" mit "Rückbuchungsermächtigungen" gegeben. Dreister kann man kaum falsch vortrage, zumal in der Zwischenzeit einer der wichtigsten Darlehensempfänger ausdrücklich erklärt haben, ihnen sei von solchen "Vorabauszahlungen" mit "Rückbuchungsermächtigungen" nichts bekannt, wenn es sie gäbe, müssten sie sie aber kennen.

Weiter führt die Einzelrichterin aus:

"Bei der rechtlichen Würdigung des Vertragsschlusses bei Darlehensverträgen ist stets das besondere Risiko für den "vorleistungspflichtigen" Darlehensgeber zu berücksichtigen. Der Darlehensgeber will sich nicht in jedem Fall sofort binden. In dem vom Bankkunden ausgefüllten, aber von der Bank noch nicht unterzeichneten Darlehensantrag liegt danach keine Annahme eines von der Bank durch Überreichung des Antrags abgegebenen Angebots. Die Aushändigung des Antrags durch die Bank stellt sich in diesem Fall nur als unverbindliche invitatio ad offerendum dar. In der Rückgabe durch den Darlehensnehmer liegt das Angebot zum Abschluss eines Gelddarlehensvertrages (Soergel/Häuser, BGB, § 607, Rn. 2). Es kann durch ausdrückliche, etwa durch Unterschrift unter den vom Kunden bereits unterzeichneten Kreditantrag, oder durch stillschweigende Willenserklärung angenommen werden. Die stillschweigende Annahme des Kreditantrags des Kunden kann auch in der Auszahlung der Darlehensvaluta durch die kreditgebende Bank liegen (BankR-HndBiLwowski/Wunderlich, § 76, Rn. 15). Zuweilen ist dies in den Kreditbedingungen der Banken ausdrücklich vorgesehen. Insoweit ist von einer Verkehrssitte im Sinne von § 151 S. 1 BGB auszugehen ((MüKo/Berger, § 488, Rn. 2; OLG Hamm WM 1995, 1441; BankR-HndB/Lwowskif Wunderlich aaO). Es liegt aber dann kein rechtlicher Bindungswille der Bank vor, wenn noch keine Vereinbarung über die Höhe des Kredits getroffen worden und diese auch nicht bestimmbar ist (BankR-HndB/Lwowskii Wunderlich aaO). In diesem Fall fehlt es zudem an einer Essentielle des Kreditvertrages. Auch in den Fällen, in denen der Darlehensnehmer noch Nachweise über seine Bonität,

Wertgutachten oder sonstige Unterlagen als Auszahlungsvoraussetzungen beibringen muss, ist bei Auszahlung der Darlehensvaluta noch nicht von einem Rechtsbindungswillen der Bank auszugehen (MüKo/Berger, § 488, Rn. 2).

Nach den gerade genannten Kriterien ist insbesondere nach der Beweisaufnahme davon auszugehen, dass die Beklagte schon bei Auszahlung der Darlehensvaluta Rechtsbindungswillen im Hinblick auf einen Darlehensvertragsabschluss mit dem Kläger hatte. Der Zeuge Scheck bekundete, dass schon bei Zusendung des Darlehensvertrages zur Unterschrift an die Treuhänderin alle Entscheidungen im Hinblick auf die ausreichende Bonität des Kunden getroffen waren und die Beklagte mit dem konkreten Kunden den Darlehensvertrag abschließen wollte. Die Unterlagen zur Bonitätsprüfung seien stets vorab von der Treuhänderin zur Prüfung zugeschickt worden. Die Darlehensverträge wären ohne eine positive Bonitätsprüfung gar nicht zur Unterschrift rausgeschickt worden. Nach der Prüfung der Bonität und dem Erhalt der von der Treuhänderin unterschriebenen Verträge waren auch keine weiteren Fragen zu klären, die die Beklagte noch von einer endgültigen vertraglichen Bindung abgehalten hätten. Die Höhe des Darlehensbetrages und die Bedingungen waren in dem Vertrag schon festgelegt. Die Beklagte war über das Finanzierungsobjekt durch die FIBEG Gruppe informiert worden und hatte es sich gegebenenfalls sogar selbst angeschaut. Es waren folglich keine Unklarheiten, die einer endgültigen vertraglichen Bindung im Wege standen, mehr vorhanden. .

Das Vorliegen der Vollmacht war somit nach der Interessenlage der Beklagten nicht Voraussetzung für ihren Rechtsbindungswillen. Das lässt sich auch dadurch belegen, dass nach Schilderung des Zeugen Scheck, stets eine Überprüfung der Bonität stattgefunden hat, es im Jahresendgeschäft aber dazu kommen konnte, dass eine Auszahlung des Darlehensbetrages vorgenommen wurde, obwohl eine Vollmachtsausfertigung noch nicht vorlag. Die Beklagte ist davon ausgegangen, dass letztendlich in jedem Fall die Vollmachtsausfertigung zu irgendeinem Zeitpunkt vorliegen würde. .

Dem steht nicht entgegen, dass die Auszahlung so knapp vor Jahresende im Interesse des Klägers erfolgte. Auch wenn das Interesse des Klägers im Vordergrund für die frühe Auszahlung stand, hatte die Beklagte aufgrund ihrer vorherigen Prüfung im Zeitpunkt der Zahlung den Willen, sich vertraglich zu binden und das Angebot des Klägers anzunehmen."

Danach geht die Richterin auf die frei erfundenen Behauptungen des Herrn Scheck ein, es habe "Vorabauszahlungen" mit "Rückbuchungsvereinbarungen" gegeben:

"Das Gericht konnte nicht die Überzeugung gewinnen, dass für die Beklagte die Auszahlung der Valuta wegen einer mit den Bauträgern getroffenen Rückzahlungsvereinbarungen von nur vorläufiger Natur war und gerade nicht mit Rechtsbindungswillen vorgenommen wurde. Der Zeuge Scheck berichtet zwar über derartige Vereinbarungen, doch sei kein einziger Fall vorgekommen, in dem es zu einer Rückzahlung gekommen sei. Er konnte auch nicht mehr darstellen, was genau im Hinblick auf eine solche Rückzahlung vereinbart worden sei. Ferner ist auch nicht ersichtlich, dass es eine schriftliche Regelung gab, auf die hätte zurückgegriffen werden können. Es ist nicht auszuschließen, dass der Zeuge Scheck von einem solchen Vorgehen als erwartungsgemäße Regelung bzw. Maßnahme im Nachhinein ausgeht und er dies nicht mehr von seiner direkten Erinnerung trennen kann (eine sehr freundliche Umschreibung der Einzelrichterin dafür, dass er dreist gelogen hat, Anmerkung des Unterzeichners). Wäre eine solche Rückzahlungsvereinbarung wirklich Thema und ausgeführte Praxis beim Jahresendgeschäft gewesen, dann hätte der Zeuge Scheck detaillierter darüber zu berichten gewusst. Der Zeuge Heckmann hat unstreitig bei einer Vernehmung in einem anderen Verfahren

zu Protokoll gegeben, dass er sich an keine Rückzahlungsvereinbarung erinnere, obwohl der Zeuge Scheck ihn als Person benannt hat, mit der eine solche Regelung getroffen worden sei.

Der Zeuge Scheck selbst, hat Ende Dezember 1992 die Vollmachtsausfertigung nicht gesehen. Er kann auch nicht mehr anhand der Kreditakte rekonstruieren, wann die Vollmacht bei der Beklagten eingegangen ist.

Ein Vorliegen der Urkunde am Tag der Kontoeröffnung bzw. Darlehensauszahlung ergibt sich entgegen der Ansicht der Beklagten nicht schon aus der als B 6 (Bl. 145 GA) vorgelegten Kontoeröffnungsurkunde, denn darauf ist zwar ein Stempel, der die Prüfung der Vollmachtsausfertigung signalisiert, doch ergibt sich aus der gesamten Urkunde nicht, dass dieser Stempel schon Ende des Jahres 1992 bei Auszahlung und Kontoeröffnung gesetzt wurde (tatsächlich ist hier eine Vielzahl von Fällen bekannt, in welchem die Stempel erst viel später aufgebracht wurden und unstreitig hat die Bank, so behauptet sie selbst, in vielen Fällen Daten rückdatiert). Sämtliche Daten auf dieser Urkunde weisen lediglich den 26. Januar 1993 aus. Der Zeuge Scheck hat aber bekundet, dass der Vollmachtsprüfstempel und der Stempel, der die Unterschriftsprüfung belegt, üblicherweise am gleichen Tag aufgebracht wurden, so dass die Kontoeröffnungsurkunde dafür spricht, dass am 26.01.1993 eine Vollmachtsausfertigung vorlag und überprüft wurde, aber keinen Beweis dafür erbringt, dass bereits am 29.12.1992 eine solche vorlag. .

Der Zeuge Scheck bekundet zwar, dass teilweise die Vollmachtsausfertigungen schon mit den Unterlagen zur Bonitätsprüfung von der Treuhänderin an die Beklagte geschickt wurden, doch gibt es keinen Hinweis, dass dies im vorliegenden Fall ebenso geschah. Die Daten auf sämtlichen Urkunden sprechen vielmehr gegen eine solche Handhabung. Der Notar Kitz hat die Ausfertigung, die zur Akte der Beklagten gelangt ist und sich auch heute noch darin befindet, ausweislich der Anlage B2 am 29.12.1992 erteilt. Am gleichen Tag wurde jedoch, so bekundet es der Zeuge Scheck, von der Beklagten das Abwicklungskonto eröffnet und die Auszahlung der Darlehensvaluta vorgenommen. Daraus lässt sich ableiten, dass die Vollmachtsausfertigung jedenfalls nicht mit den Unterlagen zur Prüfung der Bonität an die Beklagte gesandt wurde. Diese Prüfunterlagen müssen vor dem 29.12.1992 an die Beklagte geschickt worden sein, denn am 28.12.1992 erfolgte die Unterschrift der Treuhänderin unter den Darlehensvertrag (Anlage K 4). Der Zeuge Scheck stellte die Abfolge bei Vertragsschluss aber so dar, dass man zunächst eine Bonitätsprüfung vorgenommen habe, anschließend den Darlehensvertrag aufgesetzt und dann den Vertrag zur Unterzeichnung an die Treuhänder geschickt habe. Da die Treuhänderin schon am 28.12.1992 den Vertrag unterschrieben hat, ist davon auszugehen, dass die zeitlich zwingend vorher versandten Unterlagen zur Bonitätsprüfung nicht erst am 29.12.1992 übersandt wurden und damit die erst am 29.12.1992 ausgefertigte Vollmacht nicht enthalten konnten. Ferner spricht das Datum der Ausfertigung der Vollmacht gegen die Tatsache, dass die Ausfertigung der Beklagten überhaupt vor Kontoeröffnung und Auszahlung der Darlehensvaluta vorlag. Bei einer normalen Postlaufzeit hätte die am 29.12.1992 in Heppenheim ausgefertigte Vollmacht jedenfalls unter keinen denkbaren Umständen bereits am gleichen Tag der Beklagten in Albstadt Ebingen vorliegen können."

II. Urteil des LG Saarbrücken vom 30.07.10, Az. 1 O 176/09, Guckenbiehl ./ KSK Rheim Pfalz (erstritten vom Kollegen Duman)

Es geht um eine von 328 Wohnungen in der Wohnanlage Kurt-Schumacher-Straße in Kaiserslautern. Alle Wohnungen wurden über die FIBEG Gruppe mit Hilfe nichtiger Vollmachten und der üblichen falschen Zusicherungen betreffend die Höhe der Maklerprovision, die

erzielbare Miete und die Rolle des Treuhänders zusammen mit Finanzierungen der Kreissparkasse Rhein Pfalz, ehemals KSK Ludwigshafen vermittelt. Hier hatte die Bank einen unserer Mandanten auf Zahlung des Darlehens verklagt und wollte von ihm 63.995,51 € + Zinsen haben. Das Landgericht Saarbrücken wies die Klage mit Urteil vom 30.07.2010 ab, nachdem es eine Beweisaufnahme zur Frage durchgeführt hatte, ob der Bank überhaupt rechtzeitig bei Darlehensvertragsschluss mit den Scheintreuhändern Kuramandant von der FIBEG-Gruppe eine Vollmachtsausfertigung vorlag.

Auch hier, wie in fast ausnahmslos allen anderen Treuhandfällen, hatten die vorgeblichen Treuhänder, welche in Wahrheit Initiatoren und Konzeptionäre dieser Wohnanlagen waren, auf die Kaufpreise, unter anderem die Innenprovision und weiteren Unfug kalkuliert, den sie nach dem die Anleger in die Falle gelockt worden waren, unter sich aufteilten. Dies geschah mit Hilfe der von ihnen selbst formulierten Vollmachten, welche den Anlegern konzeptionsgemäß angedient wurden und mit deren Hilfe sie dann "alleinverfügungsbefugt" über die Darlehensvaluta waren. Insoweit erinnere ich an ein rechtskräftiges Urteil des Landgerichtes Berlin vom 11.09.07, Az. 10a O 573/05, wonach diese Alleinverfügungsbefugnis in der Tat "konzeptionsgemäß" dazu führte, daß es schon an einem Darlehensempfang fehlt. Dort heißt es:

"Nach allem war es demzufolge geradezu modellbedingt so, dass eine Verfügung des Anlegers über die Darlehensvaluta ausgeschlossen werden sollte. Von einem "Empfang" des Darlehens durch die Klägerin kann bei dieser Sachlage nicht die Rede sein."

Nach einer Serie von Beweisaufnahmen steht inzwischen fest, dass natürlich kein einziger der so geworbenen Darlehensnehmer jemals in der Lage war, auf die Darlehensvaluta zuzugreifen. Denn es waren bei den Banken die irgendwelche Überweisungsaufträge/Verfügungen betreffend die Darlehensvaluta ausföhrten, ausschließlich die Unterschriften der Scheintreuhänder hinterlegt.

Nur diese konnten deshalb die zuvor von ihnen auf die Kaufpreise aufkalkulierten Provisionen für sich selbst und die anderen Beteiligten verteilen.

Hier hatte das Gericht den inzwischen wohl jeglicher Glaubwürdigkeit beraubten Berufszeugen Hofmann der Kreissparkasse gehört.

In den Entscheidungsgründen stellt das Gericht gleich am Anfang fest, dass der KSK gegen den Beklagten kein Anspruch auf Rückzahlung zusteht. Denn die Darlehensverträge sind nicht wirksam zustande gekommen. Insoweit ist der Bank der Beweis nicht gelungen, dass ihr rechtzeitig bei Darlehensvertragsunterzeichnung eine Vollmachtsausfertigung für die Scheintreuhänder vorgelegen hat.

Auf Seite 7 stellt das Gericht fest:

"Vorliegend hatte die Klägerin jedoch weder nachweisen können, dass sich eine notarielle Ausfertigung der Treuhandvollmacht vom 20.11.1989 bei Abschluss des Zwischenfinanzierungskreditvertrages vom 27.12.1989 noch bei Abschluss der Darlehensverträge vom 30.11.1990 in ihrem Besitz befand."

Das Gericht stellt dann auf die Aussage des Zeugen Hofmann ab. Der hatte behauptet, grundsätzlich hätte man Darlehensverträge nur bei Vorliegen von Vollmachtsausfertigungen mit Bevollmächtigten geschlossen. Es habe aber Ausnahmen gegeben, wenn gleich dies bei dem streitgegenständlichen Objekt nicht der Fall gewesen sei.

Das Gericht stellt hierzu fest:

"Dieser Vortrag ist jedoch nicht geeignet, das Gericht mit der für § 286 ZPO erforderlichen Gewissheit zu überzeugen. Notwendig wäre ein so hoher Grad von Wahrscheinlichkeit, der vernünftigen Zweifeln Schweigen geböte, ohne sie gänzlich auszuschließen. Vorliegend bestehen allerdings nicht unerhebliche Bedenken, dass der Zeuge Hofmann sich insoweit richtig an die damaligen Vorgänge erinnert (wir sind davon überzeugt, dass er bewusst gelogen hat, das Landgericht drückt sich nur vorsichtiger aus, Anm. d. Urterz.).

Zwar gründen solche nicht zwangsläufig schon darauf, dass der Zeuge Hofmann sich an den streitgegenständlichen Einzelfall . nicht mehr erinnern konnte..

Jedoch ergeben sich durchgreifende Zweifel an der Glaubhaftigkeit seiner Aussage vor dem Hintergrund, dass der Zeuge selbst eingeräumt hat, dass es Ausnahmen von dieser Praxis gab . Der Zeuge begründet seine Überzeugung damit, dass man bei den kompletten Finanzierungen die bezüglich dieses Objektes 1989 und 1990 getätigt worden seien, nur notarielle Ausfertigungen gehabt habe. In der Regel, abgesehen von Ausnahmen, welche aber nicht den streitgegenständliche Fall beträfen, habe die notarielle Ausfertigung bei Abschluss der Verträge vorgelegen.

Ausweislich des als Anlage B 1 zur Akte gelangten Urteils des Landgerichtes Heilbronn . gab es allerdings betreffend die hier streitgegenständliche Immobilie Anfang 1990 durchaus jedenfalls einen Fall, bei dem notarielle Ausfertigung der Treuhandvollmacht der Kuramandant nicht zum Zeitpunkt des Abschlusses des Zwischenfinanzierungsvertrages vorlag. In diesem Fall wurde der entsprechende Vertrag am 09.03.1990 durch die Treuhänderin abgeschlossen, die notarielle Ausfertigung ging aber nach dem eigenen Vortrag der Klägerin dieser erst mit Schreiben vom 16.03.1990 am 19.03.1990 zu. Dementsprechend passierte es in dem hier interessierenden Zeitraum also durchaus, dass die notarielle Ausfertigung nicht bei Abschluss des Zwischenfinanzierungsvertrages vorliegen musste.

Dies deckt sich auch mit den eigenen Angaben des Zeugen, es haben weder eine interne Anweisung der Klägerin, dass bei Abschluss der Verträge immer notarielle Ausfertigungen vorliegen müssten, gegeben, noch eine Vereinbarung der Klägerin mit der Treuhänderin bestanden, dass nur notarielle Ausfertigungen zugesandt werden dürften.

Das erscheint auch nachvollziehbar, da, wie das Landgericht Mannheim in seinem am 18.06.2010 verkündeten . Urteil plausibel ausgeführt hat, bis zu der mehr als 10 Jahre später ergangenen Entscheidung des BGH vom 28.09.2000 . niemand in den beteiligten Kreisen damit rechnete, dass umfassende Bevollmächtigungen von Treuhändern nicht wirksam sein könnten und in dem hier relevanten Zeitraum noch weniger vorhersehbar war, dass die Rechtsprechung in der Folgezeit dazu übergehen würde, die Konsequenzen dieser Entscheidung dadurch abzumildern, dass sie der Vorlage einer notariellen Ausfertigung des Treuhandvertrages heilende Wirkung und Rechtsscheinsgesichtspunkten zukommen lassen würde.

Dementsprechend hat auch der Zeuge Hofmann eingeräumt, dass man zum damaligen Zeitpunkt nicht gewusst habe, dass die Vollmachten gegen das Rechtsberatungsgesetz verstießen.

Seine Erklärung, er habe aber dennoch Wert auf die Vorlage der notariellen Ausfertigung gelegt, weil bei der notariellen Ausfertigung die Möglichkeit bestehe, diese bei Widerruf einzuziehen, Abschriften könnten dagegen in einer Vielzahl weiter bestehen, vermag das Gericht nicht so recht zu überzeugen, da es, nach seinem eigenen Vortrag in der mündlichen Verhandlung, ja durchaus Ausnahmen von dieser Praxis gab.

Auch die von der Beklagtenseite mit Schriftsatz vom 25.06.2010 vorgelegten Anlagen B 32 bis B 35 dokumentieren, dass es bei dem streitgegenständlichen Objekt durchaus vorkam, dass die Zwischenfinanzierungsverträge ohne Vorlage einer notariellen Ausfertigung der Treuhandvollmacht abgeschlossen wurde.

. Das der Zeuge Hofmann angeblich Wert auf das Vorliegen der notariellen Ausfertigung der Vollmacht im Hinblick auf einen etwaigen Widerruf gelegt haben will, erscheint vor diesem Hintergrund zweifelhaft, denn es ist nicht erkennbar, weshalb das von ihm bemühte Argument für die streitgegenständliche Angelegenheit gelten soll, für die Vollmacht des Kunden Schneider ca. 1 Monat vorher (dort lag nachweislich bei Darlehensvertragsschluss nichts vor, Anmerkung des Unterzeichners) aber nicht.

Soweit sich der Zeuge Hofmann bei seiner Aussage auf den Eingangsstempel der Klägerin vom 20.12.1989 auf dem Schreiben der Firma FITEC vom 19.12.1989 beruft, vermag dies seinen Vortrag nicht zu stützen (es handelt sich um das sogenannte Übersendungsschreiben der FITEC).

Zunächst ergibt sich aus dem Wortlaut des Schreibens der FITEC nicht, dass dem Anschreiben eine notarielle Ausfertigung der Vollmacht beigelegt gewesen wäre. Anders in den als . vorgelegten Anlagen . vorgelegten Anschreiben aus den Jahren 1992 und 1994, in denen ausdrücklich erwähnt ist, dass eine Ausfertigung des Treuhandvertrages beiliegt bzw. sogar zwischen Ausfertigung und Kopien unterschieden worden ist, spricht die Anlage K 3 lediglich von "Treuhandverträgen". Dies stellt sogar eher ein Indiz dafür dar, dass in dem hier streitgegenständlichen Zeitraum auch die FITEC noch nicht für eine Differenzierung zwischen notarieller Ausfertigung und Kopie sensibilisiert war.

Des Weiteren hat das Gericht in der mündlichen Verhandlung festgestellt . das ein Eingangsstempel der Klägerin auf diesem Dokument nicht aufgedruckt ist.

Greifbare Anhaltspunkte, dass die notarielle Ausfertigung tatsächlich dem Schreiben der FITEC . beigelegt war, bestehen demnach nicht.

Soweit der Zeuge Hofmann angegeben hat, bei der zuständigen Poststelle, von der es nur eine gegeben habe, bekomme nur das erste Blatt eines eingehenden Schreibens den Poststempel, begegnet diese Einlassung - unabhängig von der seitens des Beklagten dargelegten gegenteiligen Aussage des Zeugen Berkel in anderen Verfahren - schon vor dem Hintergrund bedenken, dass es sich vorliegend bei den zahlreichen Treuhandverträgen, die dem Schreiben vom 19.12.1989 beigelegt gewesen sein sollen, ja gerade nicht um Bestandteile dieses Schriftsatzes sondern um einzelne Anlagen zu ganz verschiedenen Kundenverhältnissen handelt.

Vor diesem Hintergrund hält es das Gericht zwar durchaus für möglich, dass die notarielle Ausfertigung der Treuhandvollmacht dem Schreiben vom 19.12.1989 beigelegt war und bei Abschluss der entsprechenden Darlehensverträge vorlag, ist hiervon aufgrund der aufgezeigten Bedenken jedoch nicht mit der erforderlichen Gewissheit überzeugt.

Ob es sich bei der Formulierung in der Präambel des Kaufvertrages vom 28.12.1989, die Firma Kuramandat verpflichtete sich, die Vollmachtsaufertigung vorzulegen, tatsächlich, wie der Zeuge Hofmann vermutet hat, um einen falschen Textbaustein gehandelt hat oder der Passus dokumentiert, dass die entsprechende Ausfertigung der Treuhänderin selbst am 28.12.1989 noch gar nicht vorlag, sie eine solche mithin auch nicht zuvor an die Klägerin weiterleiten konnte, kann vor diesem Hintergrund dahinstehen.

Darüber hinaus besteht auch kein Rückforderungsanspruch der Klägerin aus § 812 BGB.

Unabhängig davon, dass diese etwaige Bereicherungsansprüche (hilfsweise) nicht zur Disposition gestellt hat, scheitern solche bereits an einem durch die Klägerin zu beweisenden, wirksamen Empfang der Darlehensvaluta durch den Beklagten. Die Auszahlung der beiden streitgegenständlichen Darlehen erfolgte auf das Zwischenfinanzierungskonto, welches mangels Vollmacht und auch ohne Legitimation nach § 172 BGB nicht nachweislich wirksam im Namen des Beklagten eröffnet wurde. Soweit Auszahlungen von dem Zwischenfinanzierungskonto auf Anweisungen der Treuhänderin an Dritte erfolgen, sind diese Zahlungen dem Beklagten mangels nachgewiesener Vertretungsmacht nicht zuzurechnen. .

Eine Bereicherung des Beklagten ist mithin nicht gegeben."

III. Weitere Meldungen

Machtwort der radikalen Radikova

Als erstes Land der Euro-Zone hat die Slowakei entschieden, Griechenland jegliche Finanzhilfen zu verweigern. "Uns hat in der Krise auch niemand geholfen. Wir haben nicht einen Cent bekommen", zitiert die FTD die Ministerpräsidentin Iveta Radikova. Und berichtet, dass sich "radikale Radikova" (Bild) auf deutliche Worte der deutschen Kanzlerin gefasst machen müsse.

Handelsblatt » FTD » Bild » Manager Magazin » Wirtschaftsblatt »

Stimulieren oder besteuern?

Hiobsbotschaft von Goldman Sachs: Während die Bank noch im ersten Quartal an jedem Tag schwarze Zahlen schrieb, überstiegen die Verluste in der Handelsabteilung an drei Tagen von April bis Juni 100 Mio. Dollar. Morgan Stanley hat sogar an elf Tagen im zweiten Quartal Geld verloren. Beide Banken machten an anderen Tagen des Quartals jedoch Riesengewinne. Nicht nur US-Politiker erkennen in der Volatilität der Finanzmärkte einen Beleg dafür, dass die Wirtschaft der USA in die nächste Krise steuert. Weitere Indizien: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt spitzt sich zu, die amerikanische Wirtschaft leidet, hinzu kommen ein Rekorddefizit und eine Rekordverschuldung. Albert Edwards, Investment-Strategie in London für die Société Générale, sagt als typischer "Permabear" (NYT) eine "blutige, tiefe Rezession" voraus, infolge derer der Aktienmarkt um mindestens 60 Prozent in den Keller geht. Der Druck auf US-Präsident Barack Obama (Foto) wird immer größer. Kommt jetzt ein großer zweiter Stimulus? Herunter mit den Staatsausgaben, rauf mit den Steuern, rät stattdessen die Financial Times.

Handelsblatt » Bloomberg » WSJ » WSJ2 » New York Times » CNN Money » Financial Times »

DER SPIEGEL vom 02.08.10 "Brüchige Basis" auf S. 78ff schreibt dazu, daß in China die Immobilienblase kurz vor dem Platzen steht.

Die Autoren Claus Vogt (war kürzlich bei Anne Will) und Martin Weiss berichten in der August Ausgabe von "Sicheres Geld" (www.sicheres-geld.de) im Detail über den schwachen Arbeitsmarkt in den USA, den soeben nochmals massiv eingebrochenen Immobilienmarkt in den USA, die verschuldete Eurozone und das bevorstehende Platzen der Immobilienblase in China. Soweit diese Meldungen.

Mit den besten Grüßen

Reiner Fuellmich

Impressum

Dieser Newsletter ist ein kostenloser Service der:

Rechtsanwaltskanzlei Dr. Fuellmich & Associates
Senderstr.37
37077 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 209 120
Fax: +49 (0)551 209 12144
E-Mail: info@fuellmich.com
Internet: www.fuellmich.com

Haftungsausschluss und Vervielfaeltigung

Alle Beiträge dieses Newsletters sind urheberrechtlich geschützt. Der Newsletter darf nur weiterversendet oder in Online-Medien und Internet-Angeboten bereitgestellt werden, wenn dies komplett und ohne Aenderungen geschieht. Weiterhin ist die Kanzlei Dr. Fuellmich & Associates nicht für die Inhalte fremder Seiten verantwortlich, die ueber einen Link erreicht werden. Diese Erklärung gilt für alle in diesem Newsletter befindlichen Links, die nicht auf die Internetseiten der Kanzlei zeigen.

----- ENDE TEXT -----

Vielen Dank, Herr Dr. Fuellmich.

Freundliche Grüße
L.B. Werner
(Vors. des SVD)

SVD e.V.
Spessarttring 47

63110 Rodgau

T. 06106 / 258830
F. 06106 / 258831

www.s-vd.de, svdmail@s-vd.de

- eingetragen im Vereinsregister Offenbach am Main unter VR 4679 -

- USt-IdNr.: DE208931045 -

- Vorsorglich wird für alle innerhalb dieser Mail angegebenen verlinkten Seiten explizit erklärt, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte dieser Seiten hatten. Deshalb distanzieren wir uns ausdrücklich von den Inhalten aller verlinkten Seiten, für deren Inhalt und Richtigkeit wir keine Gewähr übernehmen. -